

19. April
2021



Starthilfe für Österreichs Wirtschaft

Die Regierung hat einen Comeback-Plan angekündigt. Dieser soll die Themen Arbeit, Ökologisierung & Digitalisierung sowie Standortstärkung angehen. Die Details verantworten die jeweiligen Ministerien. Wo es im Motor Österreichs stottert und was konkret zu tun ist, erfahren Sie auf den kommenden Seiten.

Eine Analyse der

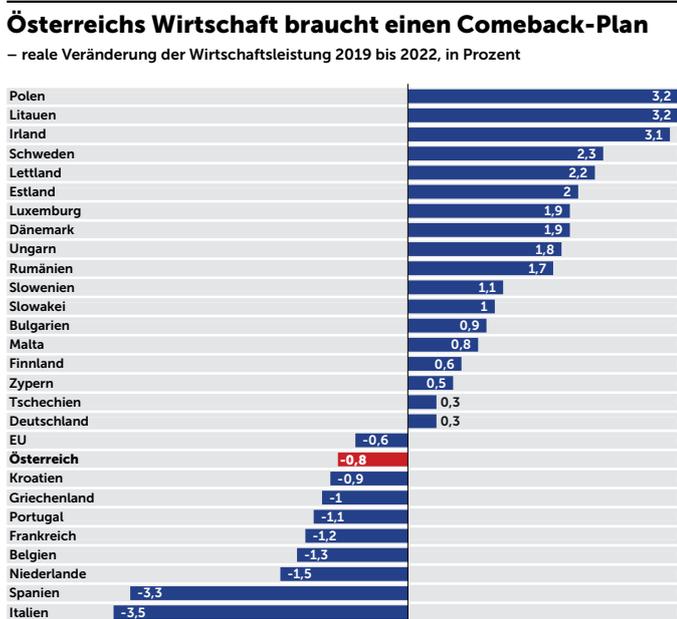


**Agenda
Austria**

Einleitung

Die Spuren der Corona-Krise sind tief. Im März 2020 schaltete die Republik in den ersten Lockdown. Wirtschaftseinbruch, Arbeitslosigkeit und ein stark gewachsener Schuldenhaufen sind nur einige der Folgen. Rund 400 Tage später will die Regierung nun einen Comeback-Plan vorbereiten. Die bereits bekannten Schlagwörter lassen eine Rückkehr zum Regierungsprogramm vermuten. Das allein wird aber nicht reichen. Prognosen der EU-Kommission zeigen, dass Österreich noch lange brauchen wird, bis wir auf das Vorkrisenniveau zurückkehren. Ohne zusätzlichen Anschub braucht Österreich deutlich länger als viele der europäischen Nachbarn.

Abb. 1: Österreichs Wirtschaft verliert den Anschluss



Quellen: Eigene Berechnungen, EU-Kommission.
 Anmerkung: 2021 und 2022 laut Prognosen der EU-Kommission.



Das wichtigste Konjunkturprogramm heißt derzeit: Impfen, impfen, impfen!

Ein wirtschaftlicher Aufschwung braucht Planungssicherheit und eine Abkehr vom ständigen Auf- und Zusperrern. Speziell die Risikogruppen müssen daher schneller immunisiert werden, um weitere Lockdowns in Zukunft zu verhindern.

Der Blick zurück zeigt: Im Anschluss an die große Finanzkrise kam die Dynamik des Aufschwungs in Österreich nur langsam wieder in die Gänge. Von 2012 bis 2015 wuchs die Wirtschaftsleistung real gerade einmal um 2,4 Prozent. Das ist im Schnitt nicht einmal ein Prozent pro Jahr. Eine solche Schwächephase sollte dieses Mal vermieden werden.

Den angekündigten Turbo kann die Politik freilich nicht selbst zünden, sie muss der Wirtschaft den Freiraum und die Perspektiven hierfür liefern.

Was es konkret braucht:

1. Ein positives Umfeld und der Ausstieg aus der Staatsabhängigkeit
2. Eine nachhaltige Entlastung der Arbeitseinkommen
3. Eine Kapitalstärkung österreichischer Unternehmen
4. Die Umsetzung der Digitalisierung in Verwaltung und Bildung
5. Mehr Raum für unternehmerische Freiheit
6. Eine Rückkehr zur Stabilität

Positives Umfeld schaffen

Investitionen und Konsum führen zu wirtschaftlichem Aufschwung, die Unternehmen brauchen aber einen positiven und verlässlichen Ausblick in eine stabile Zukunft. Die Auf-und-Zu-Politik muss zu einem Ende kommen, es müssen klare Zahlen und Daten kommuniziert werden. Unternehmer brauchen die Sicherheit, dass die Politik ihre Sorgen ernst nimmt und gemeinsam an einer erfolgreichen Zukunft für Österreich arbeiten will. Einen Kampf zwischen Wirtschaft und Regierung kann sich das Land nicht leisten. Es geht nur mit der Wirtschaft und mit der Politik.

Mit der Rückkehr der Normalität für die Wirtschaft gilt es aber auch, den Ausstieg aus Hilfsprogrammen und Staatsbeteiligungen einzuleiten. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Regierung verantwortungsvoll mit Steuergeld umgeht und wir mit jenen Unternehmen in die Zukunft starten, die auch ein marktfähiges Konzept haben. Dafür gilt es schrittweise den Ausstieg aus der Kurzarbeit einzuleiten.

Dazu werden die Ersatzraten nur mehr für die reduzierte Arbeitszeit statt auf den gesamten Lohn angewendet – wie es beispielsweise in Deutschland schon praktiziert wird. Zudem braucht es eine schrittweise Anhebung der Mindestarbeitszeit sowie die sukzessive Angleichung der Ersatzraten an jene der Arbeitslosigkeit. Mit Ende des Jahres 2021 sollte die Kurzarbeit dann auslaufen.

Der schrittweise Ausstieg aus der Kurzarbeit wird auch die Kosten für den Staat senken. Da der Arbeitsmarkt aber noch länger in der Krise stecken wird, sollten diese Gelder dafür aufgewendet werden, die Schaffung neuer Stellen zu fördern. Dazu können einerseits die Sozialversicherungsbeiträge für den Arbeitgeber bei

Neueinstellungen bis Jahresende 2022 erlassen werden. Alternativ könnten Arbeitgeber für neu geschaffene Arbeitsplätze mit einer Förderung von 250 Euro pro Monat (auf Vollzeitbasis) bis Ende 2022 unterstützt werden.

— **Qualifizierungsoffensive:** Die Pandemie führt dazu, dass sich der Bedarf an Arbeitskräften im Aufschwung zwischen den Sektoren verschieben wird. Daher wurde bereits vom AMS die sogenannte Corona-Arbeitsstiftung beschlossen. Hier sollen Menschen u.a. in Richtung Digitalisierung und Pflege umgeschult werden. Das AMS sollte mehr finanzielle Mittel erhalten, um den strukturellen Wandel besser zu begleiten und Arbeitslose zielgerichtet neue Perspektiven zu geben. Dabei sollte in einem ersten Schritt eine Einschätzung erfolgen, welche Branchen und Jobs verstärkt gebraucht werden, wie dies auch bei der bereits beschlossenen Arbeitsstiftung der Fall ist. Im nächsten Schritt gilt es herauszufinden, welche Tätigkeiten und Qualifikationen hierfür benötigt werden.

Im dritten Schritt werden die Fähigkeiten der Arbeitssuchenden mit jenen der Unternehmen abgeglichen, um eine zielgerichtete Um- und Weiterqualifizierung zu ermöglichen. Denn nicht jeder Arbeitslose kann und muss zum Programmierer umgeschult werden. Angebot und Nachfrage müssen auch am Arbeitsmarkt zusammenfinden. So sollte die Wiedereinstellungswahrscheinlichkeit im Aufschwung deutlich erhöht werden. Darüber hinaus verschiebt sich die Nachfrage auch innerhalb eines Sektors hin zu Höherqualifizierten. Daher sollte verstärkt die Umschulung bzw. Weiterbildung innerhalb der Betriebe gefördert werden.

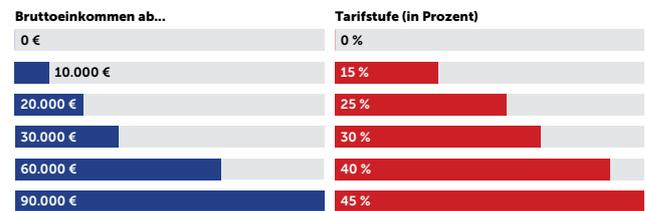
Nachhaltig entlasten

Nur in drei Ländern (Belgien, Deutschland und Italien) erhalten Durchschnittsverdiener weniger Nettolohn von ihrer erwirtschafteten Leistung. Fast die Hälfte des Arbeitseinkommens landet beim Staat. Auch die Senkung der ersten Tarifstufe im Jahr 2020 wird daran nicht viel ändern. Um wirklich Optimismus zu verbreiten und die Binnennachfrage zu stimulieren, bräuchte es eine konsequentere Senkung, als diese im Regierungsprogramm vor der Krise beschlossen wurde. So sollte der Steuersatz in jeder Tarifstufe um zehn Prozentpunkte gesenkt werden (in der ersten Tarifstufe um fünf, um in Summe mit der Senkung aus 2020 auf ebenfalls zehn Prozentpunkte zu kommen).

Abb. 2: Wie eine Reform der Arbeitsbesteuerung aussehen sollte

Das Steuertarifszenario der Agenda Austria

– mit begünstigtem 13. und 14. Gehalt



Quelle: Eigene Darstellung.



Wichtig dabei ist, dass diese Reform auch nachhaltig abgesichert wird. Das bedeutet, dass der Finanzminister die schleichende Steuererhöhung namens kalte Progression endlich abschaffen muss. Die Schweiz macht vor, dass dies effizient administriert werden kann, indem Tarifstufen und Absatzbeträge jährlich an die steigenden Preise angepasst werden.

Kapital stärken

Entscheidend ist, die abschmelzenden Eigenkapitaldecken schnell zu stärken. Eine Möglichkeit bietet die Ausweitung des steuerrechtlichen Verlustausgleichs. Im Zuge der Krise wurde der steuerrechtliche Verlustrücktrag, der die Verrechnung eines gegenwärtigen Verlusts mit dem steuerrechtlichen Gewinn der Vorjahre ermöglicht und hierdurch die effektive Steuerlast unmittelbar reduziert, ausgeweitet. Aufgrund der weiterhin angespannten Lage und bestehenden Berufsverböten wie im Tourismus und den körpernahen Dienstleistungen sollte diese Möglichkeit auch für 2021 bestehen.

Alternativ ist eine befristete Absenkung des Körperschaftsteuersatzes auf einbehaltene Gewinne um 50 Prozent für die kommenden drei Jahre einzuführen. In Estland wird die Steuer generell erst nach der Gewinnausschüttung eingehoben.

Die drohende Insolvenzwelle verlangt es, die gesamte Wirtschaftsstruktur in Österreich widerstandsfähiger zu machen. Dafür müssen Unternehmen die Möglichkeit bekommen, neue Quellen für Kapital zu erschließen. Hierfür muss der Kapitalmarkt langfristig gestärkt werden. Damit Unternehmen und Anleger gleichermaßen profitieren, muss der Grundstein einer besserer Finanzbildung gelegt werden.

Digitalisierung umsetzen

— **Verwaltung:** Wie die vergangenen zwölf Monate gezeigt haben, leistet sich die Republik Österreich zwar eine teure, aber nicht sehr zeitgemäße Verwaltung. Homeoffice ohne Zugang zu den Servern der jeweiligen Dienststellen sollte ebenso der Vergangenheit angehören wie die Zettelwirtschaft im Impfprozess. Wie eine digitale Verwaltung aufgebaut werden sollte, macht Estland vor. Dort wird nahezu jede öffentliche Leistung in der Verwaltung digital angeboten. Jährlich werden durch die digitale Verwaltung in Estland rund zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts und gut drei Millionen Arbeitsstunden eingespart. Die Grundlage bietet die Datenplattform X-Road, auf die alle Bürger Zugriff über eine elektronische ID haben. Alle Behördengänge können hier digital abgewickelt werden. Bürger bleiben Eigentümer ihrer Daten und bekommen einen transparenten Einblick in deren Nutzung. Jeder Zugriff muss jederzeit verständlich gerechtfertigt werden können. Mit der Einführung dieser modernen Verwaltung sollte ein breites Bildungsangebot zur Nutzung bereitgestellt werden.

— **Bildung:** Der Schlüssel zu einer erfolgreichen Digitalisierung der Schulen liegt in den Fähigkeiten der Lehrkräfte. Alle Lehrer müssen über die entsprechenden Kompetenzen im Umgang mit den Endgeräten, Lernprogrammen und pädagogischen Aspekten der Digitalisierung verfügen und auch Zugang zu den notwendigen Endgeräten bekommen. Ebenso sind die Schulen für die Nutzung der Digitalisierung im Unterricht auszustatten. Das muss das Minimalziel dieser Regierung sein. Was es nicht braucht, sind weitere Ankündigungen. Bereits im letzten Sommer hätten all diese Maßnahmen bereits ergriffen werden müssen. Darauf aufbauend gilt es, digitale Kompetenzen und digitale Hilfsmittel auch in Normalzeiten in den Unterricht zu integrieren.

Unternehmerische Freiheit gewähren

Österreich braucht nicht die strengsten Ladenschlussgesetze und die strengste Gewerbeordnung der westlichen Welt. Eine kräftige Lockerung der Vorschriften für die Öffnungszeiten sowie der Gewerbeordnung würde ein starkes Signal an alle aussenden, die unternehmerisch tätig werden wollen. Innovation sollte nicht aus Angst verboten oder durch Bürokratie verhindert werden. Österreich sollte seinen Standort in Europa nutzen, um ein Hub für Investoren in Start-ups und Jungunternehmen zu werden. Hierfür sollten die im Regierungsprogramm angekündigten steuerlichen Anreize, wie mehrjährige Verrechnungszeiträume und

Abzugsfähigkeit von Anschubs- und Wachstumsfinanzierung, umgesetzt werden. Die Veranlagungsrichtlinien für institutionelle Investoren aus Österreich sollten sich an modernen, internationalen Standards orientieren. Dabei geht es um Versicherungen, Pensions- und Vorsorgekassen. Investments in Private Equity und Venture Capital Fonds sollte erleichtert werden, um den vorbörslichen Kapitalmarkt zu stärken. Ein mögliches Vorbild ist hier Dänemark.

Zur Stabilität zurückkehren

Hilfsprogramme und Comeback-Pläne kosten Geld. Ein Teil dieser Kosten wird durch angekurbeltes Wachstum wett gemacht werden können. Der restliche Teil sollte sich auf zwei Säulen aufbauen:

1. Gelder aus dem Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“: Diese Zuschüsse der EU werden 3 bis 4 Milliarden Euro betragen. Wichtig ist hierbei, dass diese Gelder vollständig abgerufen und sinnvoll verwendet werden.

2. Strukturelle Reformen: Bereits vor der Krise waren strukturelle Reformen in Österreich nötig. Diese sollten nun endlich angegangen werden. Allen voran die Pensionsreform. Die Pensionslücke in Milliardenhöhe muss endlich geschlossen werden. Im ersten Schritt sollte das Pensionsantrittsalter pro Jahr um zwei Monate auf letztlich 67 Jahre für beide Geschlechter erhöht werden. Anschließend sollte der Antritt regelmäßig an die Lebenserwartung angepasst werden.

Zusätzlich kann die Digitalisierung der Verwaltung Kosten sparen, wie Estland gezeigt hat.

Schlussendlich muss Österreich wieder den Weg zu einer nachhaltigen Fiskalpolitik finden. Länder wie Dänemark und Schweden weisen Österreich den Weg. Alle drei Länder verfügen über hervorragend ausgebaute Sozialsysteme, unterscheiden sich aber bei ihren fiskalpolitischen Zugängen. Während Österreich auch in guten Jahren neue Schulden aufgenommen hat, haben Schweden und Dänemark verlässlich Überschüsse erwirtschaftet, um die in schlechten Jahren eingegangenen Schulden zurückzuzahlen. Ergebnis: Schweden hat heute halb so hohe Schulden pro Kopf wie Österreich, in Dänemark ist die Schuldenquote um ein Drittel niedriger. Österreich sollte im kommenden Aufschwung den skandinavischen Weg beschreiten – nicht den italienischen.

Agenda Austria
Türkenstraße 25/1/10
1090 Wien
Austria

T +43 1 361 99 61-0
office@agenda-austria.at

Herausgegeben von der Denkfabrik



www.agenda-austria.at

Herausgeber

Dr. Franz Schellhorn

Autoren

Heike Lehner, MA (HSG)

Mag. Hanno Lorenz

Infografiken

Ksenia Pogorelova, MA

agenda-austria.at